

§ 2. Pour réussir l'épreuve orale, le candidat doit obtenir au moins 60 % des points.

Art. 8. L'examen est présenté devant un jury d'expression française, néerlandaise ou allemande, conformément aux lois coordonnées sur l'emploi des langues en matière administrative.

Le jury d'examen comprend :

- 1^o le directeur général de la Police Générale du Royaume ou son délégué, président du jury d'examen;
- 2^o un représentant du Ministre de la Justice;
- 3^o un représentant du Ministre de l'Intérieur;
- 4^o un commissaire de brigade en activité, désigné par le Ministre de l'Intérieur;
- 5^o deux commissaires d'arrondissement, désignés par le Ministre de l'Intérieur;

6^o un professeur d'une école de police agréée pour dispenser la formation des officiers de la police communale, chargé d'un cycle de cours relatif à la formation à la fonction de gestion, désigné par le Ministre de l'Intérieur.

Le jury établit un règlement d'examen.

Art. 9. Un certificat sera délivré aux lauréats de cet examen.

Bruxelles, le 8 septembre 1993.

L. TOBBCA

§ 2. Om te slagen voor het mondelinge gedeelte moet de kandidaat minstens 60 % van de punten behalen.

Art. 8. Het examen wordt afgelegd ten overstaan van een Nederlandstalige, Franstalige of Duitstalige examencommissie, overeenkomstig de gecoördineerde wetten op het gebruik van de talen in bestuurszaken.

De examencommissie bestaat uit :

- 1^o de directeur-generaal van de Algemene Rijkspolitie of zijn gemachtigde, voorzitter van de examencommissie;
- 2^o een afgevaardigde van de Minister van Justitie;
- 3^o een afgevaardigde van de Minister van Binnenlandse Zaken;
- 4^o een brigadecommissaris in werkelijke dienst aangewezen door de Minister van Binnenlandse Zaken;
- 5^o twee arrondissementscommissarissen aangewezen door de Minister van Binnenlandse Zaken;

6^o een door de Minister van Binnenlandse Zaken aangewezen leraar van een politieschool die erkend is om de opleiding te verstrekken aan de officieren van de gemeentepolitie, belast met een lessencyclus betreffende de opleiding in de beheersfunctie.

De examencommissie stelt een examenreglement op.

Art. 9. Aan de geslaagden voor dit examen wordt een getuigschrift afgegeven.

Brussel, 8 september 1993.

L. TOBBCA

EXECUTIFS — EXECUTIEVEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 93 — 2278

7. MAI 1993. — Erlaß der Exekutive über die Anerkennung und Bezuschussung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli und 18. Juli 1990;

Aufgrund des Dekretes vom 18. Januar 1993 über die Anerkennung und Bezuschussung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung;

Aufgrund des Einverständnisses des Vorsitzenden, zuständig für den Haushalt vom 28. April 1993;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß die Ausführungsbestimmungen zum Dekret so schnell wie möglich erlassen werden müssen, um finanzielle Engpässe bei den anspruchsberechtigten Organisationen zu vermeiden, da das Dekret bereits am 1. Januar 1993 wirksam wird;

Auf Vorschlag des Gemeinschaftsministers für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,

Beschließt :

KAPITEL I. — Anerkennung

Artikel 1. Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter :

1^o Organisationen : Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung;

2^o RVE : der Rat für Volks- und Erwachsenenbildung;

3^o Minister : der zuständige Gemeinschaftsminister;

4^o Ministerium : das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

5^o Dekret : das Dekret vom 18. Januar 1993 über die Anerkennung und Bezuschussung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung.

Art. 2. Um als Organisation anerkannt zu werden, muß ein Antrag auf Anerkennung beim Ministerium eingereicht werden, der folgendes beinhaltet :

— eine detaillierte Beschreibung der Art und Weise, in der die Bestimmungen von Artikel 3 des Dekretes erfüllt werden;

— den Nachweis, daß die in Artikel 4 des Dekretes aufgeführten Bedingungen erfüllt sind;

— eine Abschrift der Statuten oder der inneren Ordnung mit einer Begründung des Antrags auf Abweichung von Artikel 4, 2^o des Dekretes;

— einen in der vom Ministerium vorgeschriebenen Form abgefaßten Tätigkeitsbericht des dem Antrag vorausgegangenen Jahres.

Darüber hinaus enthält der Antrag auf Anerkennung als regionale Organisation :

— den Nachweis, daß sie im Norden und im Süden des deutschen Sprachgebietes tätig war;

— die Anschrift und die Öffnungszeiten des Sekretariats.

Art. 3. Wenn ein Antrag unvollständig ist, fordert das Ministerium die Organisation auf, diesen zu vervollständigen.

Bei negativem Gutachten des Ministeriums über den Antrag auf Anerkennung muß dieses die Organisation angehört haben, bevor das Gutachten mit dem Bericht dieser Anhörung dem Minister zugestellt wird.

Art. 4. Die endgültige Anerkennung wird aufgrund des Tätigkeitsberichts des vorherigen Kalenderjahres gewährt.

Bei negativen Gutachten des Ministeriums über die endgültige Anerkennung muß dieses die Organisation angehört haben, bevor das Gutachten mit dem Bericht dieser Anhörung dem Minister zugestellt wird.

Art. 5. Die anerkannten Organisationen übermitteln dem Ministerium jährlich jeweils vor dem 31. März folgende Angaben :

- eine detaillierte Beschreibung der Art und Weise, in der die Bestimmungen von Artikel 3 des Dekretes erfüllt werden;
- den Nachweis, daß die in Artikel 4 des Dekretes aufgeführten Bedingungen erfüllt sind;
- die Zusammensetzung ihres Vorstandes;
- eventuelle Änderungen der Statuten und/oder der inneren Ordnung;
- einen in der vom Ministerium vorgeschriebenen Form abgefaßten Tätigkeitsbericht des vorausgegangenen Kalenderjahres;
- eine Übersicht der für das laufende Jahr geplanten Aktivitäten.

Darüber hinaus enthält die Akte der regionalen Organisationen :

- den Nachweis, daß sie im Norden und im Süden des deutschen Sprachgebietes tätig war;
- die Anschrift und die Öffnungszeiten des Sekretariats.

Art. 6. Bei Vorlage eines Berichts, der die Mißachtung der Artikel 4 und 5 des Dekretes feststellt, wird die betroffene Organisation durch das Ministerium angehört. Sie hat eine Frist von 6 Monaten, um die festgestellten Beanstandungen zu beheben.

Wenn das Ministerium nach Ablauf dieser Frist einen Vorschlag zur Aberkennung macht, muß es die Organisation angehört und eine Stellungnahme des RVE angefordert haben, bevor der Vorschlag mit dem Bericht der Anhörung sowie dem Gutachten des RVE dem Minister zugestellt wird zwecks endgültiger Entscheidung über den Entzug der Anerkennung.

Art. 7. Der Beschuß über einen Entzug der Anerkennung als regionale Organisation legt fest, ob die Organisation als örtliche Organisation anerkannt bleibt.

KAPITEL II. — Be zuschussung

Art. 8. Wenn der Antrag auf Anerkennung bis zum 31. März eingereicht wurde und wenn die Organisation während des ganzen vorherigen Kalenderjahres tätig war, hat sie Anrecht auf einen Zuschuß im Jahr der Antragstellung. Andernfalls entsteht das Anrecht auf Be zuschussung ein Jahr später.

Art. 9. In Anwendung von Artikel 2, § 2 des Dekretes werden inhaltlich zusammenhängende Tätigkeiten, deren Dauer zwei Stunden übersteigt, pro weitere zwei Stunden als eine zusätzliche Aktivität mit einem Maximum von vier Aktivitäten pro Tag berücksichtigt. Diese Tätigkeiten müssen sich an denselben Teilnehmerkreis richten, der aus mindestens fünf Personen besteht.

Tätigkeiten, die sich nicht an Teilnehmer richten oder deren Dauer nicht festzustellen ist, werden wie folgt berücksichtigt :

1^o Veröffentlichungen pro acht Seiten als fünf Aktivitäten mit einem Maximum von sechzig Aktivitäten pro Jahr;

2^o Studien als zwanzig Aktivitäten mit einem Maximum von sechzig Aktivitäten pro Jahr;

3^o in sich geschlossene, vom zuständigen Gemeinschaftsminister vorab genehmigte oder von der Deutschsprachigen Gemeinschaft ganz- oder teilweise finanzierte Projekte, als für eine auf Grundlage des eingereichten Projektberichts von Fall zu Fall festzulegende Anzahl Aktivitäten;

4^o andere Tätigkeiten als eine von Fall zu Fall festzulegende Anzahl Aktivitäten mit einem Maximum von zwanzig Aktivitäten pro Tätigkeit.

Die für gemeinsam durchgeführte Tätigkeiten aufgrund dieses Artikels festgelegte Anzahl Aktivitäten kann unter die beteiligten Organisationen aufgeteilt werden.

Art. 10. Die erste Einstufung in die in Artikel 10 des Dekretes erwähnten Be zuschussungskategorien erfolgt bei der vorläufigen Anerkennung.

Eine Änderung in der Einstufung erfolgt nach begründetem Gutachten des Ministeriums. Wenn das Ministerium eine Einstufung in eine niedrigere Kategorie vorschlägt, muß es die Organisation angehört haben, bevor der Vorschlag mit dem Bericht dieser Anhörung dem Minister zugestellt wird.

Art. 11. Unter annehmbaren Ausgaben sind zu verstehen :

— Allgemeine Sekretariatskosten sowie die Kosten für die Miete und den Unterhalt des Sekretariats und die durch die Organisation zu tragende Grundsteuer sowie den Immobilienvorabzug;

— alle sich im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ergebenden Kosten;

— Kosten, die durch die Einrichtung eines in direkter Verbindung mit der Zielsetzung und den Aktivitäten der Organisation stehenden Informationszentrums oder einer Datenbank entstehen;

— Honorare der Personen, die eine Animations-, Schulungs- oder Erziehungsfunktion innerhalb der Organisation durchführen;

— der nicht bezuschußbare Anteil der Personalkosten, Fahrt- und Weiterbildungskosten einzubeziehen;

— Autorenrechte;

— Beitragszahlungen und Beteiligungskosten an nationalen und internationalen Organisationen, denen die Organisation angehört, sowie die Reise und Aufenthaltskosten der Mitglieder anlässlich der Teilnahme an Veranstaltungen dieser Organisationen;

— durch die Organisation abgeschlossene Versicherungspolicen;

— Mieten der für Tätigkeiten benötigten Räume und des Materials;

— Anschaffungs- und Tilgungskosten des nicht bezuschußbaren Anteils von :

a) didaktischem oder technischem Material zu 33 % (3 Jahre);

b) Einrichtungsgegenständen zu 20 % (5 Jahre);

c) Immobilien zu 10 % (10 Jahre).

Art. 12. In Anwendung von Artikel 14, 2^o, des Dekretes können Vorschüsse in Höhe von höchstens 70 % des vorjährigen Zuschusses gewährt werden.

Falls im Vorjahr kein Zuschuß gezahlt worden ist, kann ein Vorschuß gewährt werden, dessen Höhe vom Minister festgelegt wird.

Art. 13. Zur Auszahlung des Restbetrages beziehungsweise des Gesamtbetrages des Zuschusses reichen die Organisationen zusätzlich zu den in Artikel 5 des vorliegenden Erlasses erwähnten Unterlagen folgende Angaben in der vom Ministerium vorgesehenen Form ein :

- eine Abrechnung und Bilanz des vorangegangenen Geschäftsjahres;
- einen Budgetplan für das laufende Geschäftsjahr;
- eine Aufstellung der in Artikel 13 des Dekretes aufgeführten annehmbaren Ausgaben;
- eine Auflistung der Ausgaben, die bereits durch die Deutschsprachige Gemeinschaft oder anderweitig finanziert werden oder wurden.

Die Originale der eingereichten Unterlagen müssen zur Einsicht bereit gehalten werden.

Art. 14. Außer bei anderslautender Entscheidung des Ministers hat die verspätete Übermittlung der Dokumente den Verlust des Zuschusses für das entsprechende Kalenderjahr zur Folge.

KAPITEL III. — *Aufhebungs-, Übergangs- und Schlußbestimmungen*

Art. 15. Die Organisationen, die aufgrund des Erlasses mit Verordnungscharakter vom 23. Juli 1983 zur Festlegung der Bedingungen für die Anerkennung und Bezugsschaltung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung bereits anerkannt sind, werden aufgrund des Tätigkeitsberichts 1992 als regionale oder örtliche Organisationen anerkannt.

Art. 16. Der ministerielle Erlass vom 9. Dezember 1982 zur Ausführung des Erlasses mit Verordnungscharakter vom 23. Juni 1983 zur Festlegung der Bedingungen für die Anerkennung und Bezugsschaltung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung ist aufgehoben.

Art. 17. Vorliegender Erlass wird wirksam am 1. Januar 1993.

Art. 18. Der Gemeinschaftsminister für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 7. Mai 1993.

Für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Vorsitzende,
Gemeinschaftsminister für Finanzen, Gesundheit und Familie, Sport und Tourismus,
J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik,
Sozialhilfe und Berufsumschulung,
K.H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 93 — 2278

[S-C — 33072]

7 MAI 1993. — Arrêté de l'Exécutif relatif à la reconnaissance et au subventionnement d'organisations pour l'Education populaire et la Formation des Adultes

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 et 18 juillet 1990;

Vu le décret du 18 janvier 1993 relatif à la reconnaissance et au subventionnement d'organisations pour l'Education populaire et la Formation des Adultes;

Vu l'accord du Président, compétent en matière de Budget, donné le 28 avril 1993;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant que les dispositions exécutoires du décret doivent être prises aussi rapidement que possible afin d'éviter des difficultés financières aux organisations bénéficiaires étant donné que le décret produit déjà ses effets au 1er janvier 1993;

Sur la proposition du Ministre communautaire des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Reconnaissance*

Article 1er. Pour l'application du présent arrêté, on entend par :

1^o organisation : une organisation pour l'Education populaire et la Formation des Adultes;

2^o le conseil pour l'Education populaire et la Formation des Adultes;

3^o Ministre : le ministre communautaire compétent;

4^o Ministère : le Ministère de la Communauté germanophone;

5^o décret : le décret du 18 janvier 1993 relatif à la reconnaissance et au subventionnement d'organisations pour l'Education populaire et la Formation des Adultes.

Art. 2. Pour être reconnue comme organisation, il faut introduire une demande comprenant :

- une description détaillée de la façon dont il est satisfait aux dispositions de l'article 3 du décret;
- la preuve que les conditions reprises à l'article 4 du décret sont remplies;
- une copie des statuts ou du règlement d'ordre intérieur ainsi qu'une justification pour la demande de dérogation à l'article 4, 2^e, du décret;
- un rapport d'activités relatif à l'année précédant la demande et rédigé selon les formes prescrites par le Ministère.

La demande de reconnaissance comme organisation régionale comprend en plus :

- la preuve que des activités sont organisées tant dans le nord que dans le sud de la région de langue allemande;
- l'adresse et les heures d'ouverture du secrétariat.

Art. 3. Lorsqu'une demande est incomplète, le Ministère invite l'organisation à la compléter.

En cas d'avis négatif du Ministère quant à la demande de reconnaissance, celui-ci doit entendre l'organisation avant de signifier au Ministre l'avis et le rapport de cette audition.

Art. 4. La reconnaissance définitive est octroyée sur la base du rapport d'activités relatif à l'année civile précédente.

En cas d'avis négatif du Ministère quant à la reconnaissance définitive, celui-ci doit entendre l'organisation avant de signifier au Ministre l'avis et le rapport de cette audition.

Art. 5. Les organisations reconnues transmettent annuellement, avant le 31 mars, les données suivantes au Ministère :

- une description détaillée de la façon dont il est satisfait aux dispositions de l'article 3 du décret;
- la preuve que les conditions reprises à l'article 4 du décret sont remplies;
- la composition du comité directeur;
- les modifications éventuelles des statuts et/ou du règlement d'ordre intérieur;
- un rapport d'activités relatif à l'année civile précédente et rédigé selon les formes prescrites par le Ministère;
- un aperçu des activités programmées pour l'année en cours.

Le dossier des organisations régionales comprend en plus :

- la preuve que des activités sont organisées tant dans le nord que dans le sud de la région de langue allemande;
- l'adresse et les heures d'ouverture du secrétariat.

Art. 6. Lors du dépôt d'un rapport constatant le non-respect des articles 4 et 5 du décret, l'organisation concernée est entendue par le Ministère. Elle a un délai de 6 mois pour se mettre en règle.

Lorsque le Ministère fait, au terme de ce délai, une proposition de retrait de la reconnaissance, il doit avoir entendu l'organisation et avoir demandé l'avis du C.E.P.F.A. avant de signifier au Ministre la proposition, le rapport de l'audition et l'avis du C.E.P.F.A. en vue d'une décision définitive quant au retrait de la reconnaissance.

Art. 7. La décision de retirer la reconnaissance comme organisation régionale consigne le fait que l'organisation reste ou non reconnue comme organisation locale.

CHAPITRE II. — Subventionnement

Art. 8. Lorsque la demande d'agrégation a été introduite pour le 31 mars, et lorsque l'organisation a été active tout au long de l'année civile précédente, elle a droit à une subvention pour l'année de la demande. Sinon, le droit au subventionnement ne prend cours que l'année suivante.

Art. 9. En application de l'article 2, § 2, du décret, les occupations connexes quant à leur contenu et dont la durée dépasse deux heures sont considérées comme activité supplémentaire pour chaque tranche de deux heures supplémentaire avec un maximum de quatre activités par jour. Ces activités doivent s'adresser au même cercle de participants comptant au moins cinq personnes.

Les occupations qui ne s'adressent pas à des participants ou dont la durée ne peut être établie sont prises en considération comme suit :

- 1^o les publications, par huit pages, comme cinq activités avec un maximum de soixante activités par an;
- 2^o les études comme vingt activités avec un maximum de soixante activités par an;
- 3^o les projets autonomes, approuvés par le ministre communautaire compétent ou finances en tout ou en partie par la Communauté germanophone, comme un nombre d'activités à déterminer au cas par cas sur la base du rapport de projet introduit;
- 4^o les autres occupations comme un nombre d'activités à déterminer au cas par cas avec un maximum de vingt activités par occupation.

Le nombre d'activités fixé sur la base de cet article pour les occupations communes peut être réparti entre les organisations impliquées.

Art. 10. Le premier classement dans les catégories de subventionnement reprises à l'article 10 du décret se passe lors de la reconnaissance provisoire.

Une modification de classement se passe sur avis motivé du Ministère. Lorsque le Ministère propose un classement dans une catégorie inférieure, il doit avoir entendu l'organisation avant de signifier au Ministre la proposition et le rapport d'audition.

Art. 11. On entend par dépenses acceptables :

- les frais généraux de secrétariat ainsi que les frais de location et d'entretien du secrétariat et l'impôt foncier que doit payer l'organisation ainsi que le précompte immobilier;
- tous les frais résultant du travail public;
- les frais résultant de la création d'un centre d'informations ou d'une banque de données en relation directe avec le but et les activités de l'organisation;
- les honoraires des personnes assurant une fonction d'animation, d'apprentissage ou d'éducation au sein de l'organisation;
- la part non subsidiable des frais de personnel, de transport et de recyclage;
- les droits d'auteur;

— les cotisations et les frais de participation aux organisations nationales et internationales dont relève l'organisation ainsi que les frais de parcours et de séjour des membres à l'occasion de la participation à des manifestations de ces organisations;

- les polices d'assurance conclues par l'organisation;
- les loyers des locaux et du matériel nécessaires pour les activités;
- les frais d'acquisition et d'amortissement de la part non subsidiable;
- a) du matériel didactique et technique à raison de 33 % (3 ans);
- b) des biens d'équipement à raison de 20 % (5 ans);
- c) des biens immeubles à raison de 10 % (10 ans).

Art. 12. En application de l'article 14, 2 du décret, des avances peuvent être octroyées à concurrence de 70 % des subventions de l'année précédente.

Si aucune subvention n'a été versée l'année précédente, il sera octroyé une avance dont le montant sera fixé par le Ministre.

Art. 13. Pour le versement du solde voire de la totalité de la subvention, les organisations introduisent les documents repris à l'article 5 du présent arrêté ainsi que les données suivantes dans les formes prescrites par le Ministère :

- un décompte final et un bilan de l'exercice précédent;
- un budget pour l'exercice en cours;
- un état des dépenses acceptables visées à l'article 13 du décret;
- un état des dépenses qui sont ou ont déjà été financées par la Communauté germanophone ou une autre autorité.

Les originaux des documents introduits doivent pouvoir être consultés.

Art. 14. Sauf décision contraire du Ministre, la transmission tardive des documents entraîne la perte des subsides pour l'année civile correspondante.

CHAPITRE III. — *Dispositions abrogatoires, transitoires et finales*

Art. 15. Les organisations qui sont déjà reconnues en vertu de l'arrêté réglementaire du 23 juin 1981 fixant les conditions de reconnaissance et de subventionnement d'organisations pour l'Education populaire et la Formation des Adultes sont reconnues comme organisation régionale ou locale sur la base du rapport d'activités 1992.

Art. 16. L'arrêté ministériel du 9 décembre 1982 portant exécution de l'arrêté réglementaire du 23 juin 1981 fixant les conditions de reconnaissance et de subventionnement d'organisations pour l'Education populaire et la Formation des Adultes est abrogé.

Art. 17. Le présent arrêté entre en vigueur le 1er janvier 1993.

Art. 18. Le Ministre communautaire des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 7 mai 1993

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone :

Le Président,

Le Ministre communautaire des Finances, de la Santé et de la Famille,
du Sport et du Tourisme,

J. MARAITE

Le Ministre communautaire des Médias, de la Formation des Adultes,
de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,

K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 93 — 2278

[S-C — 33072]

**7 MEI 1993. — Besluit van de Executieve betreffende de erkenning
en de subsidiëring van organisaties voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen**

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 en 18 juli 1990;

Gelet op het decreet van 18 januari 1993 betreffende de erkenning en de subsidiëring van organisaties voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen;

Gelet op het akkoord van de Voorzitter, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 28 april 1993;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1993, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 18 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de uitvoeringsbepalingen van het decreet zo snel mogelijk moeten worden genomen om de gerechtigde organisaties financiële moeilijkheden te vermijden daar het decreet al op 1 januari 1993 in werking treedt;

Op de voordracht van de Gemeenschapsminister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — Erkenning

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

- 1° organisatie : een organisatie voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen;
- 2° R.V.V.V : de raad voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen;
- 3° Minister : de bevoegde gemeenschapsminister;
- 4 Ministerie : het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;
- 5° decreet : het decreet van 18 januari 1993 betreffende de erkenning en de subsidiëring van organisaties voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen.

Art. 2. Om als organisatie erkend te worden moet een aanvraag ingediend worden met :

- een gedetailleerde omschrijving van de wijze waarop aan de bepalingen van artikel 3 van het decreet wordt voldaan;
- het bewijs dat de in artikel 4 opgelegde voorwaarden vervuld zijn;
- een afschrift van de statuten of van het huishoudelijk reglement alsmede een verantwoording voor de aanvraag om afwijking van artikel 4, 2°, van het decreet;
- een activiteitenverslag over het voorafgaande jaar dat in de door het Ministerie voorgeschreven vorm opgesteld wordt.

De aanvraag om erkenning als gewestelijke organisatie bevat bovendien :

- het bewijs dat activiteiten zowel in het noorden als in het zuiden van het Duitse taalgebied aangeboden worden;
- het adres en de openingsuren van het secretariaat.

Art. 3. Wanneer een aanvraag onvolledig is, verzoekt het Ministerie de organisatie, om deze volledig te maken.

Brengt het Ministerie een negatief advies over de aanvraag om erkenning uit, dan moet het de organisatie horen voordat het de Minister het advies en het verslag over het verhoor bekent.

Art. 4. De definitieve erkenning wordt verleend op basis van het activiteitenverslag over het voorafgaande kalenderjaar.

Brengt het Ministerie een negatief advies over de definitieve erkenning uit, dan moet het de organisatie horen voordat het de Minister het advies en het verslag over het verhoor bekent.

Art. 5. De erkende organisaties delen jaarlijks, voor 31 maart, volgende gegevens aan het Ministerie mee :

- een gedetailleerde omschrijving van de wijze waarop aan de bepalingen van artikel 3 van het decreet wordt voldaan;
- het bewijs dat de in artikel 4 opgelegde voorwaarden vervuld zijn;
- de samenstelling van het leidend comité;
- de eventuele wijzigingen van de statuten en/of van het huishoudelijk reglement;
- een activiteitenverslag over het voorafgaande kalenderjaar dat in de door het Ministerie voorgeschreven vorm opgesteld wordt;
- een overzicht over de voor het lopende jaar geprogrammeerde activiteiten.

Het dossier van de gewestelijke organisaties bevat bovendien :

- het bewijs dat activiteiten zowel in het noorden als in het zuiden van het Duitse taalgebied aangeboden worden;
- het adres en de openingsuren van het secretariaat.

Art. 6. Bij het indienen van een verslag vaststellend dat de artikelen 4 en 5 van het decreet niet nageleefd werden, wordt de betrokken organisatie door het Ministerie gehoord. Zij beschikt over een termijn van zes maanden om de vastgestelde gebreken te verhelpen.

Selt het Ministerie na verstrijken van deze termijn de intrekking van de erkenning voor, dan moet het de organisatie gehoord en het advies van de R.V.V.V. ingewonnen hebben voordat het de Minister het voorstel, het verslag over het verhoor en het advies van de R.V.V.V. bekent met het oog op een definitieve beslissing omtrent de intrekking van de erkenning.

Art. 7. De beslissing de erkenning als gewestelijke organisatie in te trekken bepaalt of de organisatie al dan niet als lokale organisatie erkend blijft.

HOOFDSTUK II. — Subsidiëring

Art. 8. Indien de aanvraag om erkenning ten laatste op 31 maart werd ingediend en indien de organisatie het hele voorafgaande kalenderjaar door activiteiten heeft aangeboden, heeft ze recht op een toelage voor het jaar van de aanvraag. Zo niet ontstaat het recht op subsidiëring slechts één jaar later.

Art. 9. In toepassing van artikel 2, § 2, van het decreet worden samenhangende bezigheden van meer dan twee uren per schijf van twee uren als bijkomende activiteit beschouwd, met een maximum van vier activiteiten per dag. Deze bezigheden moeten zich tot dezelfde kring van deelnemers richten die ten minste vijf personen telt.

Bezigheden die zich niet tot deelnemers richten of waarvan de duur niet kan worden vastgesteld, worden als volgtin aanmerking genomen :

1° de publikaties, per schijf van acht bladzijden, als vijf activiteiten met een maximum van zestig activiteiten per jaar;

2° de studies als twintig activiteiten met een maximum van zestig activiteiten per jaar;

3° de onafhankelijke projecten, die door de bevoegde Gemeenschapsminister goedgekeurd zijn of die geheel of gedeeltelijk door de Duitstalige Gemeenschap gefinancierd worden, als een aantal activiteiten dat van geval tot geval op basis van het ingediende verslag over het project vast te leggen is;

4° de andere bezigheden als een aantal activiteiten dat van geval tot geval vast te leggen is, met een maximum van twintig activiteiten per bezigheid.

Het krachtens dit artikel vastgelegd aantal activiteiten mag voor de gezamenlijke activiteiten tussen de betrokken organisaties verdeeld worden.

Art. 10. De eerste rangschikking in de in artikel 10 van het decreet opgenomen subsidiëringscategorieën gebeurt bij de voorlopige erkenning.

Een verandering in de rangschikking gebeurt op met redenen omkleed advies van het Ministerie. Wanneer het Ministerie een rangschikking in een lagere categorie voorstelt, moet het de organisatie gehoord hebben voordat het voorstel en het verslag over het verhoor aan de Minister betekent.

Art. 11. Onder aanneembare uitgaven verstaat men :

- de algemene secretariaatskosten alsmede de huurprijs en de onderhoudskosten voor het secretariaat en de onroerende belasting die de organisatie moet betalen alsmede de onroerende voorheffing;
- alle kosten voortvloeiend uit het openbaar werk;
- de kosten voortvloeiend uit de oprichting van een informatiecentrum of gegevensbank in direct verband met het doel en de activiteiten van de organisatie;
- de honoraria van de personen die binnen de organisatie een animatie-, leer- of opvoedingsopdracht vervullen;
- het niet subsidiebaar gedeelte van de personeels-, vervoer- en bijscholingskosten;
- de auteursrechten;
- de bijdragen en de kosten voor de deelneming aan nationale en internationale organisaties waaronder de organisatie reageert alsmede de reis- en verblijfskosten voor de leden ter gelegenheid van de deelneming aan manifestaties van deze organisaties;
- de verzekeringen aangegaan door de organisatie;
- de huurprijs van de voor de activiteiten noodzakelijke lokalen en materieel;
- de aanschaffings- en delgingskosten van het niet subsidiebaar gedeelte van
 - a) het didactisch en technisch materieel ten belope van 33 % (3 jaar);
 - b) de uitrustingsgoederen ten belope van 20 % (5 jaar);
 - c) de onroerende goederen ten belope van 10 % (10 jaar).

Art. 12. In toepassing van artikel 14, 2 van het decreet mogen voorschotten toegekend worden ten belope van 70 % van de toelagen van het voorafgaande jaar.

Werd voor het voorafgaande jaar geen toelage toegekend, wordt een voorschot uitbetaald waarvan het bedrag door de Minister zal worden vastgelegd.

Art. 13. Voor de uitbetaling van het saldo of van de hele toelage dienen de organisaties voor het einde van de maand maart de in artikel 5 van dit besluit opgenomen documenten alsmede de volgende gegevens in de door het Ministerie vastgelegde vormen in :

- een eindafrekening en een balans van het voorafgaande boekjaar;
- een begroting voor het lopende boekjaar;
- een lijst van de aanneembare uitgaven bedoeld in artikel 13 van het decreet;
- een lijst van de uitgaven die door de Duitstalige Gemeenschap of een andere overheid al gefinancierd worden of zijn.

De originele stukken van de ingediende documenten moeten kunnen worden geraadpleegd.

Art. 14. Onder voorbehoud van een tegenstrijdige beslissing van de Minister brengt het late indienen van de documenten het verlies van de toelagen voor het betrokken kalenderjaar met zich mee.

HOOFDSTUK III. — *Opheffings-, overgangs- en slotbepalingen*

Art. 15. De organisatie die krachtens het reglementair besluit van 23 juni 1981 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning en de subsidiëring van organisaties voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen al erkend zijn, worden op basis van het activiteitenverslag m.b.t. het jaar 1992 als gewestelijke of lokale organisatie erkend.

Art. 16. Het ministerieel besluit van 9 december 1982 tot uitvoering van het reglementair besluit van 23 juni 1981 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning en de subsidiëring van organisaties voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen wordt opgeheven.

Art. 17. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 1993.

Art. 18. De Gemeenschapsminister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 7 mei 1993.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap :

De Voorzitter,

De Gemeenschapsminister van Financiën, Gezondheid en Gezin,
Sport en Toerisme,

J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid,
Sociale Hulp en Beroepsomscholing,
K.-H. LAMBERTZ